



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Sitzungsprotokoll

Integrationsbeirat für Hansestadt und Landkreis Lüneburg

Sitzungstermin:	Montag, 23.11.2020
Sitzungsdauer:	17:00 bis 20:05 Uhr
Sitzungsraum:	Ritterakademie, Am Graalwall, 21335 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich/nichtöffentlich

Lüneburg, den 8. Dezember 2020

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt.
Die erforderlichen Unterschriften befinden sich auf dem Originalprotokoll in der Kreisverwaltung.



Anwesenheitsliste

<u>Anwesende Mitglieder</u>

Rat der Hansestadt

Herr Karlheinz Fahrenwaldt -

Frau Ayse Reichert - Rat Hansestadt Lüneburg

Mitglieder des Gremiums (KTA)

Frau Antje Aden-Meyer - Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ingrid Dziuba-Busch - CDU

Herr Martin Gödecke - Die Unabhängigen

Herr Christian-Eberhard Niemeyer - AfD

Herr Johannes Paschke - DIE LINKE

Frau Gisela Plaschka - FDP

Frau Dr. Inge Voltmann-Hummes - SPD

Beratende Mitglieder

Frau Olga Arnold -

Frau Nurka Casanova -

Vertretung für: Frau Susanne Pöss

Herr Mohammad Daw -

Frau Suzanne Elmahalawi -

Frau Lucy Grimme - Migrantenvertreterin

Frau Katja Heidmeier -

Frau Dr. Nuria Miralles Andress - Sprachenzentrum
Leuphana

Frau Farishta Opiani-Karimi -

Herr Pervin Pölleritzer -

Frau Monica Aurora Risco de Gomell - Päd.
Mitarbeiterin

Frau Katarzyna Rollert -

Frau Gertrud Sorich -

Verwaltung Landkreis

Frau Karin Kuntze - Verwaltung

Verwaltung Hansestadt

Frau Sina Schelm -

Frau Christina Schmidtke -

Frau Ute Simkes -

Tagesordnung:

(öffentlich)

1. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde gem. § 6 Ziff. 1 i.V.m. § 22 Geschäftsordnung
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 03.09.2020
5. Vorstellung Migrationssprechstunde - Frau Simkes
6. Vorstellung Dabeisein im Alter - Frau Simkes
7. Bericht AG Geschäftsordnung - Vorstellung der Geschäftsordnung
8. Bericht AG Flyer
9. Wahl einer Vertretung des IBR in "Wochen gegen Rassismus"
10. Wahl einer Vertretung des IBR im AD-Netzwerk
11. Kurzbericht der Delegierten
12. Bericht Hansestadt/Landkreis Sozialausschüsse
13. Bericht aus dem BIB
14. Anfragen und Verschiedenes
15. Schließung der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP-Nr. 1 Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dziuba-Busch eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP-Nr. 2 Einwohnerfragestunde gem. § 6 Ziff. 1 i.V.m. § 22 Geschäftsordnung

Die Einwohnerfragestunde entfällt mangels Publikum.

TOP-Nr. 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Casanova beantragt die Erweiterung der Tagesordnung. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Als Punkt 11 werden die Kurzberichte der Delegierten Frau Rollert und Frau Miralles Andress über das Projekt Zukunftsstadt Lüneburg in die Tagesordnung aufgenommen. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich damit nach hinten. In einer zeitlich noch zu bestimmenden Sondersitzung zur Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung des Integrationsbeirats im Januar 2021 soll das Thema Zukunftsstadt ausführlicher behandelt werden.

TOP-Nr. 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 03.09.2020

Beschluss:

Das Protokoll wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP-Nr. 5 Vorstellung Migrationsprechstunde - Frau Simkes

Frau Simkes führt in den Vortrag von Sina Schelm „Stadtteilorientierte Arbeit des Bereichs Integration und Teilhabe“ ein. Diese Präsentation ist im Anhang beigefügt. Im Anschluss an den Vortrag werden von Frau Simkes und Frau Schelm die Fragen der Beiratsmitglieder zu Zielgruppen, Ansprache und Erreichbarkeit beantwortet.

Die Betreuung durch das Team Integration steht Menschen noch bis zu einem Jahr nach dem Auszug aus einer Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung. Im Ausnahmefall werden auch Menschen beraten, die im Landkreis Lüneburg wohnen. Der Flyer wird derzeit überarbeitet und soll dann u.a. in Kitas und Schulen, Bildungs- und Beratungsstellen verteilt werden. Eine Falldokumentation findet aufgrund der DSGVO nicht statt. Bei Fällen, in denen Diskriminierungen offengelegt werden, findet eine Weiterleitung an die KMUT als Koordinatorin des Antidiskriminierungs-Netzwerks Lüneburg bzw. direkt an die Antidiskriminierungsberatungsstelle von diversu e.V. statt. Außerdem erfolgt noch ein Hinweis auf die erschwerte Lernsituation von Zugewanderten an Schulen und im häuslichen Bereich im Kontext der Pandemieauswirkungen. Nachhilfeangebote und Hausaufgabenbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften aber auch z.B. bei der Kindertafel müssen soweit es geht aufrechterhalten werden.

In diesem Zusammenhang wird auch auf Erfahrungen aus dem Migrant*innen-Netzwerk (MEN) hingewiesen, dass BUT-Anträge fehlschlagen, weil Lehrkräfte sich derzeit mit den zur Bewilligung benötigten Stellungnahmen zurückhalten. Es erfolgt ein Appell an das BIB, dies an den Schulen zu thematisieren. Außerdem wird Frau Schelm gebeten, bei Beratungen auf die Daten und Uhrzeiten der Sprechzeiten des MEN hinzuweisen.

Die IBR-Mitglieder möchten sich nicht nur als Multiplikator*innen sehen und bitten daher darum, dass zukünftig konkrete Bedarfe formuliert werden, wie sie unterstützend tätig sein können, wenn seitens der Verwaltung Projekte vorgestellt werden. Eine Idee ist es, Termine der Stadtteiltreffs und der Sozialraumträger dem IBR bekannt zu geben, sodass die Mitglieder des Beirates sie in ihren Communities kommunizieren können.

TOP-Nr. 6 Vorstellung Dabeisein im Alter - Frau Simkes

Seit einem Jahr gibt es das Projekt „Dabeisein im Alter“. Das Projekt wird von Frau Christine Schmidtke vorgestellt. Die Präsentation findet sich im Anhang. Das Projekt ist in den Seniorenstützpunkt integriert und in den Stadtteilen verankert. Es adressiert alle Lüneburger*innen ab 65 Jahren. Bisher erreicht es allerdings Menschen mit Migrationsgeschichte noch nicht zufriedenstellend. Grund dafür könnte sein, dass Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedliche Bedarfslagen haben. Frau Grimme weist auf Publikationen hin, die über die Bedarfe Aufschluss geben könnten, z.B.

„Alt werden in der neuen Heimat“ https://www.akademie-rs.de/fileadmin/user_upload/download_archive/interreligioeser-dialog/060503_olbermann_situation.pdf

Auch das Thema Bestattung in Deutschland bewegt Migrant*innen. Es wird von Frau Voltmann-Hummes kritisch angemerkt, dass nicht in allen Stadtteilen überkonfessionelle Räume zur Verfügung stehen. Auf die Nachfrage, wie die Kommunikation mit Migrantinnen und Migranten sichergestellt wird, wird darauf hingewiesen, dass diese sich Übersetzer*innen mitbringen. Zeitweilig wird auch auf Kulturmittler*innen zurückgegriffen. Es wird angeregt, die Bedarfslage bei Migrant*innen zu erfassen und diese durch Maßnahmen zu hinterlegen, die auch im Integrationskonzept abgebildet werden können.

Frau Arnold erklärt sich bereit, das Projekt bei den Landsmannschaften der Russlanddeutschen bekannt zu machen und den Austausch anzuregen.

Mit Blick auf sinnvolle Kooperationen wird über die Zielsetzung des Lüneburger Kulturschlüssels berichtet, der Menschen, die aufgrund von Einschränkungen jeglicher Art (Alter, soziale/finanzielle Einschränkungen, Mobilität) Begleitung zu Kulturveranstaltungen ermöglicht. Dieser hatte die KMUT angeschrieben, um sich auch unter den Menschen mit Migrationshintergrund stärker bekannt zu machen.
<https://lueneburger-kulturschluessel.de/>

TOP-Nr. 7 Bericht AG Geschäftsordnung - Vorstellung der Geschäftsordnung

In Bezug auf die Geschäftsordnung stehen die Stellungnahmen der Verwaltung aus Stadt und Kreis noch aus. Die Geschäftsordnung soll in einer Sondersitzung in der 2.Hälfte des Januars 2021 verabschiedet werden. Bis zum 6.12.2020 werden die Stellungnahmen erwartet. Die Geschäftsordnung wird als Vorlage vor Weihnachten an alle Beiratsmitglieder verschickt. Es wird darum gebeten, für eventuelle Ergänzungen die Kommentarfunktion zu nutzen und nicht direkt in das Dokument zu schreiben.

TOP-Nr. 8 Bericht AG Flyer

Beschluss:

Ein Grobentwurf des Flyers zur Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsbeirats wird von Frau Pölleritzer vorgestellt. Dieser Erstentwurf war von einer Arbeitsgruppe durch Frau Pölleritzer, Frau Miralles Andress und Herrn Gödecke erarbeitet worden. Die Arbeitsgruppe „Flyer“ wird erweitert um Frau Dziuba-Busch, Frau Risco de Gomell, Frau Opani Karimi und Herrn Niemeyer. Inhaltlich soll darauf geachtet werden, dass die Texte mit der Geschäftsordnung und dem Leitbild des Integrationsbeirats in Einklang stehen und leicht verständlich sind. Außerdem soll aus dem Flyer ersichtlich sein, wie man sich im IBR engagieren kann und wie häufig sich dieser trifft.

Frau Arnold bietet an, unter Verwendung des „IBR“-eigenen Logos einen Entwurf für ein Layout zu machen. Die fertige Vorlage soll zunächst noch einmal im IBR vorgestellt und beraten werden, bevor sie an eine*n professionelle*n Grafiker*in weitergereicht wird. Die Kosten für die grafische Bearbeitung und den Druck sollen aus dem Budget des Integrationsbeirats gedeckt werden. Die Pressestellen von Hansestadt und Landkreis werden einbezogen.

TOP-Nr. 9 Wahl einer Vertretung des IBR in "Wochen gegen Rassismus"

Beschluss:

Frau Casanova stellt den Stand der Planungen einer Arbeitsgruppe der Veranstaltungsreihe *Wochen gegen Rassismus* vor, die in der zweiten Hälfte März 2021 veranstaltet werden soll. Diese Arbeitsgruppe besteht derzeit aus 25 Personen und Delegierten aus verschiedenen Lüneburger Institutionen. Bis zum 8.12.2020 muss entschieden sein, wer sich mit einem Beitrag für die Veranstaltungsreihe engagieren möchte, bis zum 15.12.2020 muss angekündigt sein, welche Veranstaltungen konkret geplant sind. Über eine Beteiligung des Integrationsbeirats kann der Beirat selbst entscheiden.

Frau Miralles Andress schlägt als Veranstaltung ein Diskussionsformat vor, zu dem auch Mitglieder aus anderen Integrationsbeiräten eingeladen werden sollten. Unabhängig davon, dass für 2021 die Corona-bedingt ausgefallene Veranstaltung des NIR in Lüneburg nachgeholt werden soll, die ein Treffen der Integrationsbeiräte aus anderen Kommunen Niedersachsens ermöglicht, ist die Planung einer eigenen Veranstaltung des Integrationsbeirats aufgrund des engen Zeitfensters bis März wenig realistisch, wohl aber die Beteiligung des Integrationsbeirats an Veranstaltungen anderer Institutionen oder Organisationen z.B. als Gäste auf dem Podium. Frau Opani Karimi wird einstimmig mit dem Mandat ausgestattet, den IBR in der Arbeitsgruppe „Wochen gegen Rassismus“ zu repräsentieren. Protokolle vorheriger Sitzungen werden von Frau Casanova direkt an sie übermittelt

TOP-Nr. 10 Wahl einer Vertretung des IBR im AD-Netzwerk

Beschluss:

Dr. Daw wird einstimmig bei zwei Enthaltungen zum Vertreter des Integrationsbeirats im Antidiskriminierungsnetzwerk Lüneburg gewählt. Er stellt sich in einer Kurzpräsentation vor und reicht eine Konzeptidee zum Thema „Umgang mit Islamphobie“ ein. Frau Grimme weist erneut auf das Positionspapier des NIR der Arbeitsgruppe Antirassismus und Diskriminierung hin, das den Beiratsmitgliedern bereits zugeleitet worden ist.

TOP-Nr. 11 Kurzbericht der Delegierten

Frau Rollert berichtet von einer Videokonferenz des Begleitausschusses Zukunftsstadt. Es wurde festgestellt, dass die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten bei der Entwicklung einer

Zukunftsvision, „Leitbild“ genannt, noch nicht zufriedenstellend ist, die Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppe aber wichtig sei. Daher fordert sie dazu auf, dass migrantische Mitglieder des Beirates sich aktiv in die 15 „Experimente“ einbringen und auch in ihrem Umfeld und Communities Menschen auf die Möglichkeiten der Partizipation hinweisen.

Darüber hinaus übermittelt Frau Rollert eine Bitte der Projektleiter Zukunftsstadt, die Steckbriefe zu den Experimenten in verschiedene Sprachen zu übersetzen, um Sprachbarrieren zu überwinden. Hierbei sei die Unterstützung durch Mitglieder des Integrationsbeirates hilfreich und wünschenswert. Wer dazu bereit ist, kann sich an Frau Rollert direkt wenden.

Frau Miralles Andress berichtet, dass sie nicht als offizielles Mitglied in die Steuerungsgruppe des Projektes Zukunftsstadt berufen wurde, aber als Gast bei den Sitzungen willkommen ist. Sie lädt Mitglieder des Integrationsbeirates dazu ein, sich mit den Beteiligungskits auseinander zu setzen. Sie bittet daher darum, die von ihr vorgeschlagenen Termine zeitnah nach der Sitzung an die Mitglieder des Integrationsbeirates zu versenden, um allen die Möglichkeit zu geben, sich zumindest online zu besprechen.

Das Plenum diskutiert den Vorschlag von Frau Rollert und Frau Miralles Andress, dass eine Arbeitsgruppe gegründet wird, die mandatiert wird, eigene Informationsveranstaltungen im Namen des Integrationsbeirates für Migrant*innen zum Thema Zukunftsstadt anzubieten, indem sie namens des Integrationsbeirates zu einer eigenen Veranstaltung ins Forum der BBS einlädt. Dem Vorschlag wird nicht stattgegeben, da es Aufgabe der Projektleitung Zukunftsstadt ist, die Öffentlichkeit zu erreichen. Frau Dziuba-Busch, Frau Arnold und Frau Grimme weisen darauf hin, dass es nicht Aufgabe und Zielsetzung des Integrationsbeirates sei, eigene Formate parallel dazu zu entwickeln. Die Mitglieder des Integrationsbeirates können unterstützen, indem sie die Angebote zur Mitwirkung der Projektkoordinatoren Zukunftsstadt in ihrem Umfeld und migrantischen Gruppen bekannt machen und sich als Individuen – wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch - beteiligen.

TOP-Nr. 12 Bericht Hansestadt/Landkreis Sozialausschüsse

Beschluss:

Aus Zeitgründen verzichtet das Gremium auf die Berichte aus den Sozialausschüssen des Kreistags und des Rates der Hansestadt.

TOP-Nr. 13 Bericht aus dem BIB

Frau Kuntze berichtet über die sehr gut angenommene Ausstellung „Oh, eine Dumme!“, die das BIB in Kooperation mit dem Kriminalpräventionsrat, dem Museum Lüneburg und der VHS durchgeführt hat. Begleitend waren zwei gut besuchte Fachtage für unterschiedliche Zielgruppen veranstaltet worden, die sich mit den Themen Rechtsextremismus und Prävention sowie Beratungssituationen auseinandergesetzt haben.

Darüber hinaus berichtet sie über die nur lückenhaft erzielten Ergebnisse einer, seitens Frau Voltmann-Hummel initiierten Anfrage an die Verwaltung, mittels einer Umfrage an Schulen die Situation und Zusammensetzung der Schülerschaft mit Migrationshintergrund zu ermitteln. Viele Fragen blieben unbeantwortet, weil

1. eine Angabe des Herkunftslandes nur bei nicht in Deutschland geborenen Schülerinnen und Schülern erfolgt
2. bei der Angabe der Sprache nur geraten werden konnte - eine Angabe bei Anmeldung erfolgt nicht. Die Angaben der Sprachen waren daher weggelassen worden.
3. aus datenschutzrechtlichen Gründen die Daten nur erfasst werden, wenn die Eltern diese freiwillig preisgeben.

Außerdem teilten einige Schulen mit, dass die Schwierigkeiten in den Klassen durch eine Zusammensetzung der Schülerschaft aus vielen, unterschiedlichen Herkunftsländern bestehen würde, obwohl viele der Migrationskinder inzwischen so gut Deutsch können, dass sie sich verständigen können. Mehrere Schulen hatten gar keine Rückmeldung gegeben.

Um ein aussagekräftiges Bildungs- und Integrationsmonitoring zu etablieren, hat das BIB bereits eine Strategie erarbeitet. Diese sieht die Einbeziehung aller relevanten Akteure vor.

TOP-Nr. 14 Anfragen und Verschiedenes

Es lagen keine Anfragen vor.

TOP-Nr. 15 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 20:05 Uhr von Frau Dziuba-Busch geschlossen.

Ingrid Dziuba-Busch
Vorsitzende

Karin Kuntze
Protokoll